



Hannes Androsch, Vorsitzender des Forschungsrats, mag die Öffentlichkeit und die Medien und glaubt, mit deren Hilfe dem Forschungsrat eine neue Stärke gegeben zu haben.

Fotos: Zinner/ABC

Den Weg zum Wissen mit Geld pflastern

Hannes Androsch glaubt, dass der Forschungsrat, dem er vorsitzt, nun ernst genommen wird. Der „Langen Nacht der Forschung“ gibt er gute Chancen – und wettet gegen die Unterdotierung der Unis.

Peter Illetschko

Wieder einmal neu ist das Konzept der „Langen Nacht der Forschung“, die am 27. 4. stattfinden wird. Organisiert wird sie nicht vom Bund wie 2005, 2008 und 2009. Diesmal zeichnen die Länder dafür verantwortlich, dass Unis und Forschungsunternehmen ihre Leistungen präsentieren. Der Hintergrund liegt auf der Hand: Der Bund will sparen. Dem Vernehmen nach kostet ihn die

„Lange Nacht“ nun nur mehr 150.000 Euro und nicht wie in früheren Jahren 700.000 Euro.

Von Auslagerung der Kosten will man im Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der die „Lange Nacht der Forschung“ initiiert, nicht sprechen. Man sieht da vielmehr Chancen für alle Beteiligten. „Bisher wurden die Sponsoren über die zentrale Organisation im Bund gesammelt, jetzt können die Länder ihre Sponsoren direkt regional akquirieren“,

sagt Ludovit Garzik, Leiter der Geschäftsstelle des Rates in Wien.

Alle Länder arbeiten nun mit regionalen Organisatoren an der Umsetzung der Veranstaltung. Tirol hat sich dabei für die Standortagentur entschieden, Wien für das Magazin *Universum*. Das Flaggschiff des Verlagshauses LW Media ist im Spätherbst 2011 eine Kooperation mit dem Forschungsrat eingegangen. Abos wurden mit einem Begleitbrief des Ratsvorsitzenden Hannes Androsch verschenkt. Im Zuge der *Langen Nacht* sind, wie aus dem Verlag verlautet, zwei Sonderausgaben des *Universum* geplant: eine für den Raum Wien als Beilage des Magazins und eine für die übrigen Bundesländer.

Hannes Androsch glaubt, dass „Die Lange Nacht der Forschung“ gute Chancen hat, das Publikum zu erreichen. Das Interesse an den Themen sei seit der ersten Veranstaltung dieser Art gewachsen. „Da muss man Geduld haben.“ Androsch spricht von der „Stärke der Öffentlichkeit“, die der Rat nun auch in anderen Belangen mit ihm als Vorsitzenden und dem ehemaligen TU-Rektor Peter Skalitzy als Stellvertreter hat. Er sieht sich als erstzunehmender Partner für die österreichische Bundesregierung. Die Kommunikation zwischen den für den Rat verantwortlichen Ministerien und Androschs Vorgänger als Vorsitzender, Knut Consemüller, galt zumindest als verbesserungswürdig.

Umverteilung der Gelder

Androsch fordert im Gespräch mit dem STANDARD erneut vehement eine Umverteilung der knappen Mittel. „Bildung, Forschung, Innovation kommen zu kurz. Das Geld könnte woanders, zum Beispiel bei den ausufernden Frühpensionen und bei Mehrgleichigkeiten in der Bürokratie gespart werden.“ Das Ziel, im Jahr 2020 immerhin 3,76 Prozent des BIP für Forschung auszugeben, werde man mit eingefrorenen Budgets nicht erreichen.

Androsch hofft auf eine Trendwende bei der Finanzierung der Universitäten und auf Einsicht, dass man Studiengebühren, begleitet von einem „hinreichend fördernden Stipendensystem“ und der Voraussetzung eines entsprechenden universitären Leis-

tungsangebots wieder einführen müsse. Die finanzielle Ausstattung der Unis sei getragen von einer *Zukunftsvergessenheit*, die gegenüber den nachfolgenden Generationen von erschreckender Verantwortungslosigkeit sei. Handlungsbedarf sieht er freilich auch bei den Unis selbst. Noch nicht alle Hochschulen seien in der Gegenwart angekommen, man müsse flexiblere, effizientere Strukturen schaffen und die immer zu knappen Mittel ausgewogener verteilen.

Die zur Umsetzung der Forschungsstrategie installierte Task Force, beschriftet von Wirtschafts-, Verkehrs-, Wissenschafts-, Bildungs- und Finanzministerium sowie vom Bundeskanzleramt, sei auf einem konstruktiven Weg. Der Rat sei hier ein „kritischer Unterstützer“, was die Effizienzsteigerung vorhandener Mittel betrifft – auch bei der Vergabe des steuerlichen Freibetrags für forschende Unternehmen, die den Titel „Forschungsprämie“ trägt.

Die Kritik des Innovationsökonom Andreas Schibany, wonach die zuletzt von acht auf zehn Prozent erhöhte Prämie ohne Kontrolle und daher auch an Unternehmen, die nicht forschen, vergeben werde, verhalte nicht ungehört. „Man muss sich das anschauen.“ Auch aus dem Wirtschaftsministerium verlautete zuletzt, dass sich die Task Force mit dem Thema steuerliche Freibeträge beschäftigen werde. Eine, wie von Schibany vorgeschlagene Kontrolle durch die Forschungsförderungsgesellschaft FFG kann man sich hier vorstellen.